

Er erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Abends und Capellen
Johannstraße 33.
Besprechungs- und
Lesezimmer:
Donnerstag 10-12 Uhr.
Freitag 4-6 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Auflage 15,500.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.,
incl. Bringerlohn 5 Rthl.,
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegblätter 18 Pf.
Schließen für Extrablätter
ohne Postbefreiung 36 Pf.
mit Postbefreiung 45 Pf.
Jahrespreis 50 Rthl. Postfreie 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Ladungsbücher
Satz nach höherem Tarif.
Kladden unter dem Redaktionsstempel
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachnahme.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 153.

Sonntag den 2. Juni 1878.

72. Jahrgang.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch am 6. Juni a. e. Abends 7 1/2 Uhr im Saale der 1. Bürgerstraße.

Tagesordnung:

1. Gutachten des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über a. den Ankauf des der Vereinsbank gehörigen vormaligen Kederlein'schen Hauses am Markte, b. den Antrag hinsichtlich der Veräußerung städtischen Arealis im Wege öffentlicher Licitation.
2. Gutachten des Bau- und Oekonomieausschusses über a. die Festsetzung der Begrenzung für den Platz zur Errichtung eines Staatsgymnasiums an der Pfaffenborfer und Partienstraße, b. der Verkauf des an der südlichen Seite der Gerberstraße und der Uferstraße gelegenen Platzes, c. Ankauf der Julius'schen Feldparzellen in Thonberger Platz, d. das Abkommen mit dem Besitzer der Gohliser Röhre wegen Herstellung der Straße vor diesem Grundstücke, sowie Realabtretung an die Gemeinde Gohlis zur Straßenanlage, e. die Bestimmungen über Bebauung der Widmarstraße.
3. Gutachten des Finanzausschusses über a. die Erklärung des Rathes auf verschiedene vom Collegium in Betreff der Regulierung der Tarife beim Lagerhofe etc. gestellte Anträge, sowie in Verbindung hiermit die Verpachtung eines Theiles des Lagerhofareals an die Magdeburger-Halb-Eisenbahngesellschaft, b. die Abführung der Lagerwässer aus dem Grundstück des Lagerhofes, c. die Lagerhofrechnung pro 1878.
4. Gutachten des Schulausschusses über die Vermietung von Parterre-Räumen in der Realschule II. Ordnung an die Königl. Baugewerkschule.
5. Gutachten des Stüttausschusses über die Entnahme von Mitteln zu Straßenanlagen in der Südoberstadt aus dem Stammvermögen des Johannisbospitals.

Bekanntmachung.

Der Kammerjäger Herr Ernst Julius Röber ist von uns mit Anweisung versehen worden, die in den städtischen Schuppen befindlichen Ratten mittelst Struchlin zu vertilgen.
Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntniss und fordern alle hiesigen Grundstücksbesitzer auf, auch in ihren Gebäuden, Privatschuppen etc. für Befreiung derselben besorgt zu sein und sich zu diesem Behufe entweder direct an H. Röber oder unsere Marktall-Expedition, Poststraße 2b parterre, wo Bestellungen entgegen genommen werden, zu wenden.
Leipzig, den 26. Mai 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin, G. Schürer.

An die Gewerbetreibenden Leipzigs und der Umgegend.

Wie aus den hiesigen Localblättern ersichtlich, ist für nächstes Jahr eine Kunstgewerbliche Ausstellung die das Königreich und die preussische Provinz Sachsen, sowie die thüringischen Lande umfassen und in Leipzig abgehalten werden soll, projectirt.
Indem wir bezüglich der Bedeutung und des Zweckes dieser Ausstellung, auf den vom Comité erlassenen Aufruf verweisen, wollen wir nicht unterlassen, die Gewerbetreibenden unseres Bezirkes aufzufordern, die Gelegenheit, sich an diesem Wettkampfe des Könnens zu betheiligen, nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen, sich vielmehr schon jetzt wärmtig auf denselben vorzubereiten.
Ausserdem richten wir an Einzelne wie an Zünfte, Genossenschaften und sonstige gewerbliche Vereine, unter Hinweis auf die im Aufruf enthaltenen näheren Bestimmungen, das Ersuchen, das Unternehmen ermöglichen zu helfen und den Beweis zu liefern, daß die Leistung unseres Kunstgewerbes den Gewerbetreibenden wirklich am Herzen liegt.
In unserem Bureau (Neustadtstr. 18) werden Zeichnungen gern entgegengenommen.
Leipzig, den 2. Juni 1878.
Die Gewerbestämme.
Otto Klemm, Secr.
Heller, Vorsteher.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission ausgeschriebene Pflasterung verschiedener Fußwegübergänge ist vergeben und werden daher die unbedürftig gebliebenen Herren Submittenten hiermit ihrer Offerten entlassen.
Leipzig, am 28. Mai 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi, Wangemann.

Kirchverpachtung.

Die diesjährige Kirchnutzung auf der Rodauer Straße, vom Magdeburger Leipziger Bahnübergange bis zur Pfarrgrenze der Weidener Markt, sowie auf der Lindenauer Schauler soll an den Realberechtigten gegen sofortige baare Zahlung mit Vorbehalt der Auswahl der Kaufwilligen verpachtet werden. Es haben sich darauf Reflectirende Freitag den 7. d. M., Vormittags 10 Uhr, in der Marktall-Expedition einzufinden, ihre Gebote zu thun und sodann weiterer Nachricht sich zu bedienen.
Leipzig, den 1. Juni 1878.
Des Raths Straßenbau-Deputation.

Leipzig, 1. Juni.

Die Strammheit und Wachsamkeit, mit der jetzt überall in Deutschland von den Behörden gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie vorgegangen wird, giebt Denjenigen Recht, die mit uns den Erlaß eines Ausnahmegesetzes beklagen, da die bestehende reguläre Gesetzgebung hinlänglich Handhaben zur Abwehr solcher Ausschreitungen darbietet, die nur ausgiebiger angewendet zu werden brauchen, als bisher. Wir sind mit diesem Vorgehen vollkommen einverstanden, insofern dasselbe sich streng auf dem Boden des Gesetzes hält, warnen aber aus denselben Gründen, als denen wir jenes Ausnahmegesetz verwerfen, vor polizeilichen Ausschreitungen und Willkürmaßnahmen. Wer das Gesetz und seine Träger zu verhöhnen mag, den treffen unumgänglich die strafende Hand des Gesetzes; aber man begegne nicht der Ausschreitung von unten mit Ausschreitung von oben, der Gesetzwidrigkeit nicht mit Gesetzwidrigkeit. Man führe den Kampf auf Grund des Gesetzes und bis an die Grenze des gesetzlich Zulässigen — wie Herr v. Bennigsen richtig, nicht aber bis zur Grenze des Möglichen — wie Herr von Eulenburg mit einem lähmen Sprunge den Vollmachtbrief des liberalen Sprechers übersehe. Denn wie sehr müßte die Autorität der Behörden und das Rechtsbewußtsein des Volkes leiden, wenn hier so, dort anders, heute härter, in drei Monaten schon schwächer vorgegangen würde, wenn die Entscheidungen der angerufenen Gerichte oder der oberen Behörden etwaige Uebereilungen der unteren immer und immer wieder corrigiren oder cassiren würden! Darum eile man mit Weile und wahre ohne Leidenschaft, mit nüchternen Festigkeit, mit ruhiger Energie, mit Steilheit und Konsequenz die Majestät des Gesetzes. Konsequenz, Nachhaltigkeit, zähe Ausdauer sind die Hauptsache. Von der Festigkeit einer festweisen Action, die freilich bequemer ist, erwarten wir kein Heil. Ein krankes Glied läßt sich wohl mit einem Ruck beseitigen, eine Krankheit aber, die tief im Volkswesen sitzt, verlangt einen längeren Heilungsproceß, eine gründliche, geduldige, unerschütterliche Hartnäckigkeit. Auch verzeihe man über den äußeren Maßregeln nicht deren inneren Sinn und eigentlichen Zweck, der darin besteht, durch Festsetzung der demagogischen Wühlereien und Aufwiegelungen ernstgemeinten Bestrebungen für das Wohl der arbeitenden Klassen, der positiven Reformarbeit Raum zu schaffen. Der Repressionsact ein vorbedachtes Schaffen, der Abwehr von Ausschreitungen ein redliches Bemühen der Gesetzgebung und des Bürgerthums zur Seite, weiteren Ausschreitungen den Boden zu entziehen. Man hat gesagt, daß man an die unteren Klassen nicht heran könne, da die Organe der Presse, die allein das Ohr des Volkes hätten, hindern zwischen ihnen. Jetzt wird diesen Störenfriedern hessentlich das Handwerk gelegt werden, was Hinderniß wird wegfallen, und es gilt nun, die eintretende Ruhe auszunutzen, mit Kraft und Milde einzugreifen, die verwirrten und verirrten Gemüther zurecht zu leiten, die Fürsorge für das Wohl der unteren Schichten nach allen Richtungen hin in die Hand zu nehmen und den sozialen Frieden wiederherzustellen. Der Mittel, hierzu zu greifen, sind vielerlei; aber das allererste Erforderniß ist der gute Wille; hoffen wir, daß es nicht fehlen werde. Nur so werden Staat und Bürgerthum der Socialdemokratie dauernd erhalten werden können.

Zur inneren Lage bringt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die überraschende Mittheilung, daß in ministeriellen Kreisen die Frage angeregt worden sei, ob die Wehrheitsbeschlüsse des Reichstags bezüglich der Vorbereitungen für eine Steuerreform und insbesondere die Haltung der Reichstagsmehrheit in der socialistischen Frage es angezeit erscheinen lassen, daß das preussische Ministerium seine Entlassung und die Bildung eines neuen Cabinets aus den Elementen der Reichstagsmajorität beantrage. Von irgend welcher anderen Seite hat bisher Derartige aus „ministeriellen Kreisen“ nicht verlautet; die Behauptung der Nachricht muß also dahingestellt bleiben. Die „Nordde. Allg. Zeitung“ legt von ihrem „conservativen“ Standpunkte aus Verwahrung dagegen ein, daß man die gegenwärtige Situation zu constitutionellen Experimenten benutze, deren Kosten das Land auf politischem und wohl auch auf wirtschaftlichem Gebiete zu tragen haben würde, ganz abgesehen von der Frage, ob die in dieser Hinsicht noch unerprobte Maschinen der neuen deutschen Reiches stark genug ist, um ohne Bruch die Spannung solcher Experimente zu tragen. Wie bedächtig — so erwidert die „R. A. Z.“ — ist doch das deutschconservativ-gouvernementale Organ über Nacht geworden! Kaum eine Woche ist darüber vergangen, daß es das „constitutionelle Experiment“ der Auflösung des Reichstags für eine selbstverständliche Folge der Ablehnung der Socialistenverträge hielt. Damals schien also die Maschinen des Reiches stark genug zu sein! Freilich, die Meinung von dem eventuellen Ausfall gerade dieses Experimentes hat sich bei der „R. A. Z.“ inzwischen gewaltig geändert. In der vorigen Woche noch sollte der Sturmwind des Volkswillens die „national-liberalen Vogeln“ hinwegjagen, so daß ihre Spur nicht mehr zu erkennen war. Heute glaubt die „R. A. Z.“, daß eine Auflösung des Reichstags in gegenwärtigen Momenten die „conservativen“ Elemente zwar härten, ihnen aber nicht die Majorität verschaffen würde. Statt der praktischen Zuversicht auf eine unbedingt gouvernementale Mehrheit, welche das Blatt in den letzten Monaten zur Schau getragen, hören wir heute die kleinmüthige und ängstliche Beweisführung, daß die national-liberale Partei ihrerseits im Falle der Auflösung es wohl schwerlich bis zur absoluten Majorität bringen und deshalb auch in Zukunft noch auf die Coalition mit anderen Parteien angewiesen sein würde. Die „Vogeln“ sind also nach wie vor doch immer noch ein Factor, mit welchem gar sehr gerechnet werden muß. Nach den „zahlreichen Kundgebungen“, von denen die „R. A. Z.“ noch vor vier Tagen zu erzählen mußte, hätte man das freilich nicht erwarten sollen. — Der ganze Artikel des gouvernementalen Blattes muthet uns an wie ein Spiegelbild der schlimmen Berlegenheit, in welche sich die Regierung nach dem wenig trostreichen Verlaufe der parlamentarischen Saison versetzt sieht. Freude wird kein patriotisch gesinnter Mann an diesem Bilde haben; aber der national-liberalen Partei kann es Niemand verargen, wenn sie nach den Vorgängen des letzten Winters den Dingen heute „fühlt bis ans Herz hinan“ gegenüber steht. Ihre Lösung kann eben nur sein: abwarten! Nur muß dagegen protestirt werden, wenn jetzt in der gouvernementalen Presse die Beschuldigung erhoben wird, daß das frühere ersprießliche Verhältniß zwischen der Regierung und der national-liberalen Partei durch die Schuld der letzteren gelöst worden sei. Schon seit Jahren haben die parlamentarischen Redner der Partei darauf auf-

merksam gemacht, daß ohne vorherige Verständigung über die Grundlagen des geschleichen Vorgehens ein fruchtbares Zusammenwirken auf die Dauer unmöglich sein werde. Diese Mahnung hat man indes nicht hören wollen; in der letzten Session wurde ihre Verhöhnung förmlich zum System erhoben. Damit ist Alles gesagt.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 1. Juni.

Die Gerüchte von einem Rücktritt des Fürsten Bismarck, welche unmittelbar nach der entscheidenden Abstimmung im Reichstage hier und da aufgetaucht, sind wieder verstummt, weil Jedermann die Ueberzeugung hegt, daß im gegenwärtigen Augenblicke, wo die Aussicht auf eine friedliche Lösung der englisch-russischen Verwickelungen näher gerückt erscheint, der Kanzler für Deutschland nicht zu entbehren ist. Nichts desto weniger bleibt es Thatsache, daß die Familie des Fürsten ihn nach wie vor bestirmt, aus Rücksichten auf seine Gesundheit den anstrengenden Amtsgeschäften Valet zu sagen, und mit Unterstützung der Ärzte hofft sie ihn zu bewegen, daß er wenigstens nach Beendigung des Congresses einen unbestimmten Urlaub nimmt.

Die „Post“ beantwortet in ihrem Leitartikel die Frage: „Warum führt Bismarck den Culturkampf begann und beginnen mußte?“ dahin, „Bism. IX. habe, seitdem er sich den Jesuiten ergeben, aus der kirchlich-religiösen Frage eine politische geschaffen. Das Blatt kommt dann namentlich auf die Zustände in der Provinz Posen zu sprechen, wo 1848 die Bevölkerung zum politischen Zweck in die Kirche gerufen und an einem Sonntage in den Kirchen die Revolution gepredigt wurde. So sind die von der Geistlichkeit am Rhein und in Westfalen in Scene gesetzten Wallfahrten, so sind Wapplingen und die Wäuter-Gottes-Erscheinungen, wie letztere im gegenwärtigen Moment in der Provinz Posen wieder aufstauen, nur die Fäden, um zu sehen, wie weit sich die Massen noch der Autorität der Geistlichkeit in Gehorsam fügen; eine Berechnung, die wohl in der Provinz Posen, wo sie durch die nationale Frage mit getragen, ihr Resultat haben, aber unter der intelligenteren deutschen Bevölkerung am Rhein weniger Anklang finden konnte. Diese Zustände in der Provinz Posen waren der Regierung seit Jahren bekannt. Sie lehrten periodisch, namentlich als Nachhittern jedes revolutionären Gebahrens im Auslande, wieder, wurden unterdrückt, blieben auf ihren Herd eingeschränkt und wurden fast als eine provinzielle Angelegenheit behandelt, die das andere große Ganze nicht erheblich berührte. Ein ganz anderes Moment aber trat ein, als der Erzbischof Ledochowski unter der Maske eines gläubensvollen, sich von der Politik fern haltenden Katholiken die Agitation in die angrenzenden Provinzen — Schlesien und Preußen — tragen wollte. Dieses war der Augenblick, der dem Scharfblick des Reichskanzlers nicht entging, und sein ganzes Gewicht dieser drohenden Gefahr gegenüber in die Waagschale werfend und den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmend, gelang es ihm, wie er vorhergesagt, den Gegner in eine fruchtlose Offensive der ruhigen Defensiv der Regierung gegenüber zu bringen. Aus dem Vorhergesagten wollte man entnehmen, daß der ganze Kampf der Ultramontanen gegen den Staat noch mit voller Kraft geführt wird, daß die Polen in ihn einzig und allein die Widerherstellung des Königreichs, die Ultramontanen aller Länder die Demüthigung des pro-

testantischen Deutschlands erblicken. Esel erregend sind dem gegenüber die Aeusserungen orthodoxer Protestanten; man lege dem Culturkampf eine viel zu große Wichtigkeit bei; man solle ihn fallen lassen und sich verfühnen. Als ein nationales Unglück würde es anzusehen sein, wenn in diesem Kampfe der hochbedachte, muthvoll erstarke, allgemein verehrte Minister Fall besitzte, und die Entscheidung in dieser hochpolitischen Frage in die Hände gewis hochachtbarer, aber in politischen Dingen erfahrungslustiger und urtheilsofer Kanzlerredner oder popstrodner Theologen gelegt würde.

Aus Goslar, 28. Mai, wird berichtet: Sobald die Nachricht bekannt wurde, daß gegen 4 Uhr der Cultusminister Dr. Fall hier eintreffen würde, prangte sofort die ganze Stadt in reichem Flaggenschmuck. Auf dem Bahnhof nahmen den Herrn Minister, welcher von seiner Gattin begleitet wurde, der Bürgermeister, der Vertreter der Bürgerschaft, Landdrost v. Bilgrim, Geheimrath Mittelbach und Schulrath Fockermann in Empfang. Se. Excellenz stieg im Hotel „Kaiser Wirth“ ab und besichtigte im Laufe des Nachmittags die Alterthümer und Kirchen der Stadt. Allgemein war die Freude, den verehrten Mann in unserer Stadt zu wissen, und allseitig wurde der Wunsch ausgesprochen, dem Herrn Cultusminister durch eine Deputation die Verehrung und Dankbarkeit zu bekunden, welche ihm von weiten Kreisen genwidmet wird. Trotzdem die Zeit bis zum Abend nur noch kurz war, gelang es doch verschiedenen Herren, unter denen der Oberförster Reuß durch besonderen Eifer sich auszeichnete, die Vorbereitung zu einem Festzuge zu Stande zu bringen. Derselbe fand denn 9 Uhr Abends statt und war so glänzend, wie er wohl niemals in Goslar gesehen ist. Es war eine Beilegung aus allen Schichten der Bevölkerung; angesehentlich hatte nur die Hingebung für den verehrten Mann die Einwohner zu dieser Kundgebung veranlaßt. Die Deputation, welche von Seiten der Bürger an den Herrn Cultusminister abgehandelt wurde, ist von demselben höchst freundlich empfangen worden. Derselbe hat keine herliche Freude über den unerwarteten Empfang in Goslar wiederholt ausgedrückt. Nachdem dem Herrn Minister ein begeistertes dreifaches Hoch, welches er dankend mit einem Hoch auf die Stadt Goslar erwiderte, ausgedrückt war, ging die versammelte Menge auseinander. Zur großen Freude und allgemeinen Ueberraschung erschien der Minister noch am späten Abend im Rathshaus, wo sich ein großer Theil der Bürgerschaft versammelt hat.

Ueber die Anwendung der Gesetze gegen die Socialdemokratie schreibt die „Völkische“ „Berliner Autographische Correspondenz“: In der Debatte über den „Gesetzentwurf zur Abwehr socialdemokratischer Ausschreitungen“ ist an die Regierungen von verschiedenen Seiten die Aufforderung gerichtet worden, zunächst die beschriebenen Gesetze gegen diese Ausschreitungen in ganzer Strenge anzuwenden. Es braucht nicht erst eine Verwahrung dagegen eingelegt zu werden, daß durch diese Aufforderung in keiner Weise Gleichgültigkeit gegen etwaige Uebereilungen der gesetzlichen Befugnisse von Seiten der Behörden bekundet oder wohl gar eine Aufmunterung zu solchen ertheilt werden sollte. Eine solche Unterstellung würde geradezu eine Beleidigung einschließen sowohl derjenigen Abgeordneten, von welchen jene Aufforderung ausging, wie andererseits der Regierungen, denen dadurch die Reigung zu einem Zuwiderhandeln gegen die Gesetze zugezogen würde. Die Gesetze gegen den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts und des Rechtes der freien Meinungsäußerung sind er-